



Regierungsratsbeschluss vom 17. Dezember 2024

Ausrichtung eines Staatsbeitrags in Form einer Abgeltung für den Betrieb der Geschäftsstelle der Koordinationsstelle Fahrten mobilitätseingeschränkter Personen beider Basel (KBB) für die Jahre 2025 bis 2028; Ausgabenbewilligung und Vertragsgenehmigung

P241821

1. Der Regierungsrat bewilligt für den Teil Buchhaltung der Geschäftsstelle der KBB eine Abgeltung in der Höhe von jährlich maximal Fr. 17'250 (insgesamt maximal Fr. 69'000) in Form eines Kostendachs für die Jahre 2025 bis 2028 zulasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartementes, ÖV-Globalbudget, Position KBB Behindertentransport.
2. Der Regierungsrat bewilligt für den Teil Kundenadministration der Geschäftsstelle der KBB für die Jahre 2025 bis 2028 die folgende Abgeltung zulasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartementes, ÖV-Globalbudget, Position KBB Behindertentransport:
 - Jahrespauschale von Fr. 43 pro aktiver Kunde/Kundin mit Wohnsitz in Basel-Stadt per Ende November des Vorjahres.
3. Der Teuerungsausgleich auf dem Finanzierungsanteil des Kantons Basel-Stadt richtet sich nach § 12 Abs. 1 des Staatsbeitragsgesetzes.
4. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Bau- und Verkehrsdepartement und dem Kanton Basel-Landschaft einerseits, sowie dem Bürgerspital Basel andererseits betreffend die Geschäftsstelle der KBB für die Jahre 2025 bis 2028.

Begründung

Gestützt auf die Vereinbarung über die Beitragsleistung an Fahrten von mobilitätseingeschränkten Personen entrichten die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft Beiträge an Taxifahrten von mobilitätseingeschränkten Personen, die den ÖV nicht selbstständig benutzen können. Die Geschäftsstelle der bikantonale Koordinationsstelle Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen beider Basel (KBB) wird seit 1996 an eine gemeinnützige Organisation vergeben. Der bisherige Dienstleister beendet auf eigenen Wunsch die langjährige Tätigkeit für die KBB per Ende 2024. Im Prozess zur Neuvergabe der Geschäftsstelle konnte das Angebot des Bürgerspitals Basel am

meisten überzeugen. Deshalb schliesst der Regierungsrat für die Jahre 2025–2028 einen Dienstleistungsvertrag mit dem Bürgerspital Basel für den Betrieb der Geschäftsstelle der KBB ab und genehmigt die entsprechenden Mittel aus dem ÖV-Globalbudgets.

